



Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit

Departament da giusta, segirezza e sanadad

Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità

Studie zur Psychiatriegeschichte des Kantons Graubünden

Zusammenfassung

Das Departement Geschichte der Universität Basel hat im Auftrag der Regierung in einer umfassenden Studie die Psychiatriegeschichte des Kantons Graubünden von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die jüngste Vergangenheit aufgearbeitet. Gemäss den Studien spielte die Bündner Psychiatrie bei Versuchen mit nicht zugelassenen Medikamenten eine untergeordnete Rolle. Hingegen war die Bündner Psychiatrie im 20. Jahrhundert eines von mehreren Zentren für erbbiologische, eugenische Forschungen in der Schweiz. Gleichwohl wurden eugenisch begründete medizinische Eingriffe in den Bündner Kliniken nicht häufiger vorgenommen als in vergleichbaren Einrichtungen anderer Kantone.

Die Rolle der Bündner Psychiatrie wird insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsmassnahmen und Medikamentenversuchen immer wieder thematisiert. Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik wird im Kanton Graubünden wie in praktisch allen anderen Kantonen dadurch erschwert, dass fundierte psychiatriehistorische Untersuchungen fehlten. Die Regierung hat deshalb vor rund drei Jahren entschieden, die Psychiatriegeschichte des Kantons Graubünden wissenschaftlich, insbesondere medizinhistorisch, aufarbeiten zu lassen. In der Studie sollte die historische Entwicklung der psychiatrischen Behandlungs- und Pflegemethoden, des Umgangs mit den Patientinnen und Patienten sowie der betrieblichen und organisatorischen Ausgestaltung der psychiatrischen Versorgung des Kantons aufgezeigt werden. Auch sollten in der Studie die Gründe für die jeweiligen Behandlungsmethoden und Vorgehensweisen und das jeweilige gesellschaftliche und soziale Umfeld dargelegt und systematisch eingeordnet werden. Im Rahmen der Aufarbeitung sollten, soweit möglich, betroffene und involvierte Parteien berücksichtigt werden.

Die dem Kanton im Juli 2020 übergebene rund 450seitige Studie der Universität Basel enthält die Darstellung der Psychiatriegeschichte des Kantons Graubünden von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die jüngste Vergangenheit. Sie konzentriert sich auftragsgemäss auf die institutionelle Psychiatrie, das heisst, auf die beiden Kliniken Waldhaus und Beverin beziehungsweise ihre Vorgängereinrichtungen. Die Studie beleuchtet dabei nicht nur die behördliche und ärztliche Perspektive, sondern bezieht auch jene der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegerinnen und Pfleger ein. Aufgezeigt wird in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung des Pflegeberufs, der in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Für die letzten Jahrzehnte wurde zusätzlich die Kinder- und Jugendpsychiatrie in die Betrachtung miteinbezogen.

Die Studie enthält folgende nicht abschliessende Feststellungen, die im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der historischen Rolle der Psychiatrie im Kanton von besonderer Bedeutung sind:

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen hatten einen prägenden Einfluss auf die Bündner Psychiatrie.

Gemäss der Studie erfolgten bis 1980 ein Drittel bis die Hälfte der psychiatrischen Eintritte aufgrund von Zwangseinweisungen. Fürsorgerische Zwangsmassnahmen betrafen häufig Fälle von Alkohol- oder Drogenmissbrauch, später auch von Selbstgefährdung. Durch die multifunktionale Anstalt Realta verfügte der Kanton Graubünden anders als andere Kantone über eine institutionalisierte und damit besonders enge Beziehung zwischen fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Psychiatrie.

Die Eugenik prägte die Bündner Psychiatrie vor allem im Bereich der Forschung, weniger dagegen bei den medizinischen Behandlungen.

Die Bündner Psychiatrie war im 20. Jahrhundert eines von mehreren Zentren für erbbiologische, eugenische (d. h. die Erbgesundheit betreffende) Forschungen in der Schweiz. Zu den entsprechenden Forschungsfeldern gehörten etwa die Stammbaumforschung und der Aufbau eines Sippenarchivs.

Eugenisch begründete medizinische Eingriffe (Sterilisationen, vor allem im Zusammenhang mit Schwangerschaftsunterbrechungen, Kastrationen) wurden gemäss der Studie in den Bündner Kliniken dagegen nicht häufiger vorgenommen als in vergleichbaren Einrichtungen anderer Kantone. Die Sterilisationen wurden vielfach auch mit sozialen und ökonomischen Anliegen begründet.

Ehefähigkeitszeugnisse als Anwendungsbereich der Eugenik

Gemäss der Studie wurden die Psychiater der Bündner Kliniken von den Behörden häufig um Gutachten für die Erstellung von Ehefähigkeitszeugnissen angefragt. Auf Grund ihrer Empfehlungen wurden insbesondere Menschen mit einer geistigen Behinderung von den Behörden für eheunfähig erklärt.

Kastration von Sexualtätern in der Klinik Beverin

In der Klinik Beverin wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zahlreiche als Sexualstraftäter verurteilte Männer als Präventivmassnahme kastriert, bis um 1970 primär auf operativem Weg. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dürften gemäss der Studie weit über hundert Insassen der Anstalt Realta in der Klinik Beverin kastriert worden sein. Die meisten Eingriffe erfolgten nach einer Verständigung zwischen Richtern, Psychiatern und Betroffenen, die dadurch eine Milderung des Strafmasses erwirkten.

Bündner Psychiatrie an der Entwicklung und Anwendung neuer Therapien beteiligt.

Die Bündner Kliniken engagierten sich stark in der Entwicklung und Anwendung neuer Therapien, auch wenn diese wie die Insulinkuren und die meist ohne Narkose und Muskelentspannung durchgeführten Elektroschocktherapien oft mit starken körperlichen Nebenwirkungen verbunden waren. Gemäss der Studie bewegten sich die Psychiatrischen Kliniken des Kantons mit diesen auch in psychiatrischen Kliniken anderer Kantone erprobten Eingriffen im Rahmen der zeitgenössischen therapeutischen Entwicklungen.

Medikamentenversuche fanden an den Bündner Kliniken nur vereinzelt statt.

Medikamentenversuche mit noch nicht zugelassenen Medikamenten fanden gemäss der Studie in den Bündner Kliniken statt, vermutlich aber eher vereinzelt, wobei gemäss ihren Ausführungen vieles darauf hindeutet, dass bis in die 1960er Jahre die Einwilligung der Patientinnen und Patienten nicht systematisch eingeholt wurde. Die Studienverfasser konnten das Ausmass der Medikamentenversuche nicht genau bemessen, da in den Akten keine umfassenden Forschungsunterlagen auffindbar waren. Die wenigen überlieferten Hinweise deuten gemäss ihren Ausführungen indessen darauf hin, dass solche Versuche nicht systematisch vorkamen. Die Studienverfasser attestieren in diesem Sinne der Bündner Psychiatrie, dass die bei der Erforschung neuer Psychopharmaka keine prominente Rolle spielte.

In den 1960er Jahren setzte eine nachhaltige Reformphase der Bündner Psychiatrie ein.

Die Studie attestiert den Bündner Kliniken, dass ab den 1960er Jahren nachhaltige Reformen auf organisatorischer wie auf angebotsmässiger Ebene stattgefunden hätten. So hätten die Kliniken spezialisierte Angebote für unterschiedliche Patientengruppen wie Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen oder ältere Patientinnen und Patienten entwickelt. Auch sei die Stellung der Pflege klinikintern aufgewertet worden. Das Pflegepersonal habe schrittweise mehr Kompetenzen bei pflegerischen Entscheidungen erhalten. Seit den 1970er Jahren seien zudem die ambulanten und teilstationären Angebote der Bündner Psychiatrie stark ausgebaut worden. Die psychopharmakologische Wende hätte es ermöglicht, Menschen mit psychischen Störungen

auch ausserhalb der Klinik zu behandeln. Die Kliniken seien dadurch mehr und mehr zu Orten akuter Krisenintervention geworden.

Bündner Kliniken engagieren sich für die Entstigmatisierung von Menschen mit psychischen Einschränkungen.

Gemäss der Studie lassen sich in der jüngsten Vergangenheit innerhalb der Bündner Psychiatrie verstärkte Bestrebungen für eine kritische Selbstreflexion beobachten. Die Fachvertreterinnen und -vertreter setzten sich mit der gesellschaftlichen Rolle der Psychiatrie auseinander, etwa im Kontext der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen oder im Umgang mit Zwang in der stationären Unterbringung. Auch sei der Dialog zwischen ärztlicher Perspektive und derjenigen von Patientinnen und Patienten verstärkt worden. Gesundheitsbehörden und Psychiatrie engagierten sich öffentlich für eine Entstigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Diese Anstrengungen hätten denn auch zum Forschungsauftrag für die Studie zur Psychiatriegeschichte geführt.

Departementale Würdigung der Studie

Die Studie bietet eine fundierte Grundlage für eine faktenbasierte Auseinandersetzung mit der Psychiatriegeschichte des Kantons. Sie ermöglicht eine Beurteilung der Rolle der Psychiatrie im Kanton in der Vergangenheit, enthält gleichzeitig auch Ausführungen zu ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Ausrichtung.

In Übereinstimmung mit dem Auftrag leuchtet die Studie nicht alle sich im Zusammenhang mit der Psychiatriegeschichte des Kantons Graubünden stellenden Fragen abschliessend aus. So fehlen gemäss der Studie im Kanton Graubünden beispielsweise umfassende quantitative Erhebungen zur Sterilisationspraxis. Solche Erhebungen könnten allenfalls Gegenstand weiterführender Forschungen bilden.

Gremium: Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit

Quelle: Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit